

Rückblick 2007

Was macht eigentlich die Linke im Kasseler Stadtparlament?

Links wirkt vier Beispiele

Weitere Privatisierung der Städtischen Werke gestoppt.

Im September 2007 scheiterten OB Hilgen und Stadtkämmerer Barthel mit ihrem Versuch, einen Verkauf weiterer Anteile der Städtischen Werke in die Wege zu leiten. Wir hatten das Anti-Privatisierungs-Bündnis tatkräftig unterstützt und mit unseren Anträgen und Anfragen die Verkaufsbefürworter unter Druck gesetzt.

Die Kasseler CDU folgte beim Thema Städtischen Werken dem Privatisierungskurs nicht - um so peinlicher für die SPD, die ihrem OB und dem Kämmerer bei der namentlichen Abstimmung offenbar geschlossen folgte.

Gegen die Stimmen der Kasseler Linken, der Grünen und der CDU hatte der OB keine Chance. Ein weiterer Verkauf der Städtischen Werke ist vorerst vom Tisch -zur Freude auch mancher SPD-Mitglieder, die als Gewerkschafter oder Beschäftigte der Städtischen Werke den Kurs von OB Hilgen strikt ablehnten.

Kommunaler Bildungsfonds kommt.

Die von SPD und Grünen verbrochene Agenda 2010 zeigt ihre Folgen. Die wachsende Armut trifft besonders Kinder, die skandalösen Zustände lassen sich nicht mehr unter den Teppich kehren. Damit Kinder aus armen Familien Schulhefte, Stifte, Taschenrechner erhalten können, an Theaterbesuchen und Schulausflügen teilnehmen können, wurden in vielen Orten Deutschlands als Notmaßnahme gegen die Armut kommunale Bildungsfonds eingerichtet. Wir haben dies im Juli 2007 für Kassel beantragt, zunächst als einzige ohne Unterstützung durch andere Fraktionen. Erst als klar war, dass alle Fachleute im Jugendhilfeausschuss die Forderung nach einem Bildungsfonds unterstützen, gaben die anderen Fraktionen ihre ablehnende Haltung auf. SPD und Grüne sahen sich genötigt, ihrerseits einen (wenn auch deutliche verwässerten) Antrag für einen kommunalen Bildungsfonds zu stellen.

Und die CDU wollte auch etwas für ihr soziales Image tun und stellte einen Antrag auf ein Konzept für ein kostenloses Schulessen für arme Kinder.

Geld für 'Girls Only'

Ein weiteres Lehrstück. Jahr für Jahr das gleiche Spiel: der Stadtkämmerer legt einen Haushaltsentwurf vor, in dem sogenannte Wirtschaftsförderung durch Großprojekte in Beton (zum Beispiel Flughafenneubau) verankert sind, aber bei Sozialem, bei der Bildung, bei der Jugend, bei der Gesundheit, bei kommunaler Beschäftigung wird gespart, gekürzt und gestrichen. Die selbsternannten 'Verantwortung tragenden Parteien' (ob SPD mit CDU, ob CDU mit Grünen, oder ob alle drei zusammen) verabreden dann die eine oder andere Verbesserung (manchmal als reine Umschichtung zu Lasten anderer wichtiger Projekte). Selbstherrlich werden dann andere Forderungen abgewiesen. So auch diesmal der Antrag aus dem Kasseler Jugendring, 12.000 Euro für das Projekt 'Girls Only' bereit zu stellen, damit dessen Jugendarbeit für Mädchen im Jahr 2008 fortgeführt werden kann. Wir haben als einzige Fraktion diesen Antrag aufgegriffen. Als kurz vor der Schlussabstimmung über den Haushalt Grüne und CDU doch noch ihre Zustimmung signalisierten, musste die SPD zurück rudern. Der Stadtkämmerer gab eine Zusage zur Finanzierung von 'Girls only' aus Stiftungsmitteln.

Gegen Haushalts-Tricksereien zu Lasten der BürgerInnen

Beim Versuch sich als erfolgreicher 'Konsolidierer' des Kasseler Haushalts zu präsentieren, greift der Stadtkämmerer gerne zur kreativen Buchführung zu Lasten der BürgerInnen.

So forderte er vom Kasseler Entwässerungsbetrieb (der ein Teil Stadt Kassel ist) ab dem Jahr 2008

sogenannte Bürgschaftsrisikobeiträge in Höhe von 650.000 Euro (mit steigender Tendenz in den Folgejahren) - mit der Begründung, dass die Stadt für die Kredite bürgen müsse, die der KEB aufnimmt.

Wenn man Geld von der einen Tasche (KEB) in die andere Tasche (Haushalt der Stadt) verschiebt, sieht der Haushalt der Stadt etwas besser aus, dem KEB wird aber für die Unterhaltung des Kanalnetzes benötigtes Geld entzogen. Mit Haushalts-Konsolidierung hat das nichts zu tun.

Geplant war, zugleich die Abwassergebühren zu erhöhen. Von den erhofften Mehreinnahmen beim KEB wären etwa 60 Prozent gleich an den Stadtkämmerer durchgereicht worden als 'Eigenkapitalverzinsung' und als 'Bürgschaftsrisikobeitrag'.

Wir haben eine solche Gebührenerhöhung als Extrasteuer zur Haushaltskonsolidierung abgelehnt und gefordert, dass die Belastung des KEB mit durch Bürgschaftsverzinsung im Haushaltsentwurf gestrichen werden muss. Bei den anderen Fraktion regte sich vereinzelt Unmut über den Stadtkämmerer, aber alle haben immer brav seinen Plänen zugestimmt und unsere Anträge abgelehnt. Immerhin wurde die Sache öffentlich. In einem Erlass vom 28.11.2007 hat das Hessische Ministerium des Inneren und für Sport klar gestellt, dass die Erhebung von Bürgschaftsrisikobeiträgen von Eigenbetrieben rechtlich nicht zulässig ist. Damit musste der Magistrat die geplante Gebührenerhöhung kurzfristig vorerst zurückziehen.

Alle vier Beispiele zeigen, dass unsere Arbeit auch konkret und ganz handfest etwas bewirkt: Die Sauereien verhindern, zumindest verzögern und abschwächen, und wenn es gut läuft auch Verbesserungen durchsetzen, das gelingt uns auch als kleine oppositionelle Kraft im Stadtparlament.

Natürlich kehren wird damit weder den Kurs der 'großen' noch der Kasseler Politik um. Der Stadtkämmerer (zugleich 'Sozialdezernent' und in dieser Position völlig fehl am Platz) betrachtet die Armen immer noch als lästige Kostenfaktoren, er betreibt Abschreckung der Armen statt Kampf gegen die Armut. Man investiert lieber in den Flughafen als in die Qualität der Bildung. Statt ehrlicher Beschreibung der Probleme beim Arbeitsmarkt, bei der Ausbildung, in den Schulen, bei den städtischen Finanzen beschränkt man sich auf Gesundbeten, Beschönigen und Vertuschen.

Vier Wünsche für das Jahr 2008.

Allenthalben wird nicht nur zurückgeblickt sondern zum neuen Jahr auch gewünscht: hier keine Traumhochzeiten sondern in Kürze vier Wünsche, die mit dem Schwung einer für die Linken erfolgreichen Hessischen Landtagswahl auch eine Erfolgchance haben.

1. Eine erfolgreiche Kampagne für einen Sozialpass/ ein Sozialticket in Kassel.
2. Eine kommunale Offensive für Bildung, gegen die Ausgrenzung im Bildungssystem: kleinere Gruppen und mehr ErzieherInnen in den Kitas, Ausbau der Schulsozialarbeit und der Jugendarbeit.
3. Ein Einstieg in eine echte kommunale Arbeits- und Ausbildungsförderung.
4. Eine Kampagne zur Stärkung und Weiterentwicklung des ÖPNV in Kassel und Nordhessen.

Norbert Domes 4. Januar 2007